Nummer 262 — 25. Jahrgang

6mal wöch. Bezugspreis für Novbr. 3,00 M einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 98 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftl. Teil: Friedrich Rieser in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Freitag, 19. November 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Stoffaden
Garte
Borstenwaren
Gebr. Heußinger
Bürstenwarenfabrikation
Dresden-A.
Zahnsgasse 10
Flemmingstr 4.
Gegr. 1867 Fernruf 26712

Pelzmoden
Umarbeitung
Reparatur
Aufbewahrung
A. Vonier
Dresden
Strehlener Str. 8
Ruf 48477

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei GmbH., Dresden-N. 1, Pulsnitzerstraße 17. Fernruf 20111. Postscheckkonto: Dresden 14797. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pulsnitzerstraße 17. Fernruf 20111 und 21012.

Wie steht es in Mexiko?

Die Suspension des Gottesdienstes. — Callesspitzel in Priesterkleidung? — Neue Greueltaten. — Die mexikanische Auslandspropaganda. — Geld spielt keine Rolle! — Die katholische Gegenbewegung. — Der Wirtschaftsboykott.

Die Bischöfe haben den Versuch, mit konstitutionellen Mitteln zu einem Ende der Kirchenverfolgung zu kommen, trotz der Abweisung ihrer ersten von mehreren hunderttausend Bürgern unterzeichneten Petition an den Kongreß, nicht aufgegeben. Man sammelt augenblicklich Unterschriften für eine neue Adresse. Bisher haben über 1½ Millionen diese Adresse unterschrieben. Daß die Unruhen im Lande zunehmen, muß jetzt auch die Regierung zugestehen, indem sie von der Unterdrückung solcher Bewegungen Mitteilung macht; so letzthin aus Durango, wo man jetzt dazu übergegangen ist, die Priester in Konzentrationslager zu sperren, damit sie „das Volk nicht aufwiegeln"!

Furchtbar lastet auf weiten Volkskreisen die Suspension (vorläufige Einstellung) des Gottesdienstes im ganzen Lande. In der amerikanischen katholischen Presse hat man nur zögernd die Frage des Kirchenstreiks behandelt, hie und da sogar an der Klugheit dieser Maßnahme gezweifelt, deren Folgen ganz schrecklich sind, und die bei längerer Dauer auch der Kirche selbst nicht wiedergutzumachenden Schaden antun kann. Demgegenüber weist der Herausgeber der hochangesehenen katholischen Neuyorker Wochenschrift „America" darauf hin, daß der Beschluß der Bischöfe ein Akt der Notwehr war. Schon früher wurde in Mexiko das Kircheneigentum beschlagnahmt. Die Kirche hat nie darauf mit der Aussetzung des Gottesdienstes geantwortet, um das Gestohlene wiederzuerlangen. Nicht aus politischen Gründen haben die Bischöfe gehandelt, etwa um durch die dem Volke angetane Qual dessen Zorn auf Calles zu lenken und revolutionäre Umtriebe herbeizuführen. Der einzige Grund war der, daß die Kirche unter den neuen Gesetzen vom 1. August vollständig in die Hände des Staates gefallen und von der Einheit der Gesamtkirche abgerissen worden wäre. Auf dem Spiel stand die Unabhängigkeit von der weltlichen Gewalt, die ein Wesensmerkmal der Kirche ist. Es drohte das Schisma.

In diesem Zusammenhang ist übrigens die vom Depeschendienst der National Catholic Welfare Conference verbreitete Mitteilung von Interesse, daß die Regierung in Militärschneidereien eine große Zahl Priesterkleider hat anfertigen lassen. Es liegt die Vermutung nahe, daß in diese Priesterkleidung Kreaturen des Diktators gesteckt werden sollen, um die katholische Kirche zu kompromittieren und das Volk zum Schisma zu verleiten. Wem solche Nachrichten unglaubhaft vorkommen, dem sei die Lektüre der im Volksvereinsverlag erschienenen Schrift von Jose Echeverria über die Katholikenverfolgung in Mexiko empfohlen, die solcher Ungeheuerlichkeiten eine Menge erzählt.

Neue Greueltaten werden aus Zacatecas berichtet; dort führt General Eulogio Ortitz ein Schreckensregiment; erst neulich ließ ein Offizier einen Priester nebst drei jungen Leuten ohne weiteres erschießen, als das Volk die Verhafteten zu befreien sich anschickte. Der Innenminister hat alle Bischöfe im Falle von Unruhen bezw. bei Versuchen der nordamerikanischen Kolumbusritter, sich in die inneren Angelegenheiten Mexikos einzumischen, für verantwortlich erklärt.

Die Auslandspropaganda Mexikos nimmt immer größeren Umfang an. Bei der mexikanischen Botschaft in Neuyork ist ein eigenes Pressebüro zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten errichtet worden. Jüngst wurden dort einem Besucher nicht weniger als 17 verschiedene Flugschriften gegen die Kirche in Mexiko überreicht. In Tausenden von Exemplaren werden diese oft vorzüglich illustrierten Pamphlete an die Presse verteilt. Die mexikanischen Auslandsvertretungen scheinen überhaupt für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung im Sinne des Kulturkämpfers Calles recht reichlich dotiert zu sein und dabei auch vor Methoden nicht zurückzuschrecken, die bisher (in Deutschland wenigstens) jedes anständige Blatt, jeder anständige Publizist mit Entrüstung zurückgewiesen hätte.

Die katholische Flugblattpropaganda hält an, obwohl die Regierung jeden Verteiler solcher Drucksachen verhaften läßt. In der Hauptstadt wurden die Leiter zweier großer nichtkatholischer Tageszeitungen eingesperrt, weil sie angeblich solche Flugblätter gedruckt hätten. In einem vielverbreiteten Handzettel, der die Ueberschrift: „Danke schön, Herr Calles!" trägt, wird die Tatsache gepriesen, daß dem Präsidenten gelungen sei, was vorher wegen menschlicher Armseligkeiten so schwer gewesen sei, nämlich die Katholiken zusammenzuschließen. Die Flugschriften tun ihre Wirkung überall. Es ist schade, daß die mexikanischen Katholiken nicht früher mehr für ihre Presse taten. Wir lesen darüber im „Western Catholic" (Quincy, Illinois) folgende beherzigenswerten Worte: „Wenn Mexiko 40 oder 50 mannhafte katholische Zeitungen gehabt hätte, dann hätte Calles wohl nicht so handeln können, wie er gehandelt hat. Ewige Wachsamkeit ist der Preis für die Freiheit, und die katholische Presse ist der immer wache Posten, immer bereit, sein Gewehr gegen den gemeinsamen Feind zu richten. Das katholische Mexiko bezahlt einen hohen Preis für die Vernachlässigung dessen, was für die Kirche größtes Bollwerk und beste Waffe ist — der katholischen Presse." (Es wäre höchste Zeit, daß sich auch so manche deutsche Katholiken endlich mehr um ihre katholische anstatt um irgendeine beliebige liberale Presse kümmerten. Die vorstehenden ernsten Worte sollte sich jeder tief in sein Gedächtnis schreiben. D. Red.)

Die Schwere der ökonomischen Krisis im Lande, die durch den Boykott sehr gewachsen ist, wird neuerdings offenbar aus einer Uebersicht, die der deutsche Nationalökonom Dr. Walter Wolff nach seiner Studienreise durch Mexiko in San Antonio Texas gab. Sie wurde nach amerikanischen Blättern für die Universität Heidelberg zusammengestellt und soll als Grundlage zur Beurteilung der Aussichten deutscher Kapitalanlagen in Mexiko dienen. Wolff äußerte, daß die Agrarpolitik der mexikanischen Regierung einen völligen Fehlschlag bedeute. Nur 2 Prozent der Ländereien seien bewirtschaftet und die Indianer seien unfähig, ihr Land ohne Leitung zu bebauen. Die Geschäftskrisis sei zweifellos durch den ökonomischen Boykott der Katholiken verschärft worden. Wie sehr die Regierung durch die Wirtschaftsnöte bedrängt wird, geht aus dem Rücktritt des Finanzministers Pani hervor, der Unstimmigkeiten im Kabinett zum Opfer fiel.

Poincaré und die Börse

Frankenbesserung und Börsenpanik in Paris — Die neuen Pläne des Finanzministers

Paris, 18. November.

Einen „schwarzen Tag" hatte die Pariser Börse am gestrigen Mittwoch. Unter dem Einfluß der weiteren Klärung der innerpolitischen Lage **ging das Pfund von 145,25 auf 141 zurück.** Die Flaute am Devisenmarkt zog auch den übrigen Markt in Mitleidenschaft. **Sämtliche französischen Industriepapiere und ausländischen Werte hatten Kurseinbußen zu verzeichnen,** die fast durchweg 10 Prozent und mehr betrugen. Es herrschte geradezu eine Panik, die dadurch verstärkt wurde, daß verschiedene große Firmen wegen Geldmangel zur Liquidation gezwungen waren.

Diese Panik kann Poincare als unbestreitbaren Erfolg seiner Sanierungspolitik und des Vertrauensvotums buchen, das die Kammer vor wenigen Tagen für diese Politik abgegeben hat. Bekanntlich ist es das Ziel Poincares, erst die Devisenkurse und die Inlandspreise herunterzudrücken, ehe eine Stabilisierung erfolgt. Die Devisenkurse haben gestern wieder einmal nachgegeben. Es bleibt abzuwarten, ob diese Bewegung anhält. Die zweite große Frage ist, ob die Anpassung der Inlandspreise an den gebesserten Frankenkurs tatsächlich und rasch genug erfolgen wird.

Ueber die Pläne, die Poincare nach Senkung der Devisenkurse durchzuführen gedenkt, weiß das „Echo de Paris" (angeblich auf Grund von Angaben aus der Umgebung Poincares) mitzuteilen: Der Finanzminister hat als Endziel der Währungssanierung die **Wiederherstellung der Umtauschmöglichkeit des Papiergeldes in Gold** oder Devisen durch die Bank von Frankreich, d. h. die Abschaffung des Zwangskurses im Auge. Voraussetzung dafür sei, daß kein Papiergeld mehr ohne leicht realisierbare Deckung ausgegeben werde. Die Hauptbedingung aber sei die Zurückzahlung von etwa 40 Milliarden Franken, die der Staat bei der Bank von Frankreich geliehen habe. Weiter müsse eine Verminderung der schwebenden Schuld erfolgen. Poincare hoffe noch in diesem Jahre, zwei Milliarden Frank zurückzahlen zu können. — Bemerkenswert ist, daß das „Echo de Paris" erklärt, Poincare habe die Absicht, mit **den Regierungen von Washington und London in neue Verhandlungen über die Schuldenfrage** einzutreten, um diese in einem günstigen Zeitpunkt vor das Parlament zu bringen.

Der Fall Marin beigelegt

Paris, 18. November.

Der Konflikt im Kabinett Poincare, der durch die Kampfrede des republikanischen Innenministers Marin gegen die Radikalsozialisten hervorgerufen worden war, ist vorläufig beigelegt. Die Erregung: die unter den Radikalen über diese Rede entstanden war, hat der Vorsitzende, Sarrant, auf dem gestrigen Kongreß der Radikalsozialisten geschickt zu besänftigen verstanden. Er wies auf einen entschuldigenden Brief hin, den Marin an ihn gerichtet hat. Er forderte eindringlich zur Einigkeit innerhalb der Partei auf und verwahrte sich gegen die Vorwürfe, das Kartell sei für den Frankensturz verantwortlich. Die Verantwortung trügen die Gegner des Kartells. In erster Linie sei es Marin, der die Regierungskrise heraufbeschworen habe.

Nach der Rede Sarrants gaben zahlreiche Redner der Meinung Ausdruck, daß der an die Adresse Marins gerichtete Tadel keine genügende Genugtuung bedeute. Es wurde verlangt, daß das Verbleiben der radikalen Minister im Kabinett der nationalen Einigung beschränkt werde, von anderer Seite wurde der Rücktritt Marins und der radikalen Minister gefordert. Die Aufforderung, so schnell wie möglich im Senat eine Interpellation über die Rede Marins einzubringen, wurde von Sarrant abgelehnt. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Partei zu ihren Grundsätzen bekennt und sich mit der Antwort Marins an Sarrant zufrieden gibt.

Eine Sonderkonferenz über die Militärkontrolle

Chamberlain, Briand und Stresemann im Dezember in Genf. — Abrüstungsdebatte im englischen Oberhause.

Berlin, 18. November.

Die Meldung, daß der englische Minister des Auswärtigen Chamberlain an der Tagung des Völkerbundes im Dezember persönlich teilnehmen wird, wird hier in gut unterrichteten Kreisen lebhaft kommentiert. Man rechnet auf Grund dieser Tatsache bestimmt damit, daß auch Briand nach Genf reisen wird und daß Dr. Stresemann die Vertretung Deutschlands in der Dezembertagung des Völkerbundsrates persönlich übernehmen wird. **Dr. Stresemann soll beabsichtigen, in einer Sonderkonferenz mit Briand und Chamberlain die Fragen der Militärkontrolle zu erledigen und zwar in einer den deutschen Wünschen gerecht werdenden Weise.**

Daß ein derartiger Plan in England Verständnis finden würde, beweist die Debatte, die gestern im Oberhause über die Abrüstungsfrage stattgefunden hat. Lord Parmoor wies darauf hin, daß die Abrüstungsbesprechungen in Genf nur sehr langsam vorwärts kommen. In den verflossenen sieben Jahren sei in dieser Frage kein Fortschritt erzielt worden. Da Englands Haltung zu dieser Frage äußerst bedeutsam sei, bitte er die Regierung um eine Stellungnahme. Der Earl of Oxford (Asquith) wies darauf hin, Artikel 8 des Versailler Vertrages bringe bereits zum Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung des Friedens von der Herabsetzung der nationalen Rüstungen abhängig sei. **Es sei jetzt höchste Zeit, daß der Völkerbundsrat bestimmte Abrüstungspläne formuliere.** Man dürfe sich nicht auf die Entwaffnung Deutschlands beschränken. Vielmehr müsse die deutsche Entwaffnung nur als erster Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung betrachtet werden. Die Situation erfordere die baldigste Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz durch den Völkerbund. Lord Oxford ging dann auf die Frage der chemischen Waffen und der Unterseeboote ein und forderte energisch ihre Abschaffung.

Lord Cecil antwortete für die Regierung. Er sagte, für die englische Regierung stehe die Bedeutung der Abrüstungsfrage außer jedem Zweifel. Es sei bereits der Locarnovertrag abgeschlossen worden, der neue Maßnahmen in der Entwaffnungsfrage ermögliche. **Deutschland habe die Mehrzahl seiner Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage erfüllt** und er hoffe, daß auch die Restfragen keine weiteren Schwierigkeiten machen würden. Die Regierung nehme in der deutschen Abrüstungsfrage eine sehr vorsichtige Haltung ein. Weiter sagte Cecil, **die Kernfragen des Abrüstungsproblems seien noch nicht berührt worden.** Daran sei die internationale Lage schuld. Trotzdem müsse anerkannt werden, daß in dem letzten Jahr ein großer Fortschritt erzielt worden sei. Die Abrüstungsfrage stände heute so günstig wie noch nie zuvor. Sie sei aus dem Bereich der Theorie herausgenommen und eine Lebensfrage geworden. Cecil stimmte zu, daß die chemischen Waffen und die Unterseeboote gänzlich abgeschafft werden müßten. Doch sei dies ein sehr schwieriges Problem. Hinsichtlich der Unterseeboote seien die Meinungen noch geteilt. **Lord Cecil erklärte zum Schluß, daß auch England konkrete Vorschläge hinsichtlich der Abrüstung im Sinne des Artikels 8 des Versailler Vertrages machen werde.**